

P14-012 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P14

Von Zeile 11 bis 19:

von weiteren Hilfsangeboten wie z.B. der Suchthilfe funktioniert. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Frauen und Familien mit Kindern. ~~Um mehr Möglichkeiten für vorübergehende Unterbringung zu schaffen, wollen wir mit den Trägern aus der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Stadtteilunterkünfte für Geflüchtete und andere Gruppen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum errichten. Damit die Wohlfahrtsverbände investieren, bieten wir ihnen eine mehrjährige Belegungsgarantie an. Ziel bleibt der Umzug in die eigene Wohnung. Die Unterkünfte sollen über die Stadt verteilt entstehen und an die etablierten Stadtteilzentren angebunden sein, um einen guten Kontakt zu den Anwohner*innen und Initiativen vor Ort herzustellen.~~

Der Katalog präventiver Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Ausgebaut und personell verstärkt werden müssen: die Schuldnerberatungsstellen, die Schnittstellen zwischen den Jobcentern und Fachstellen und anderen Gesundheits- und Sozialdiensten der Bezirksamter, die aufsuchenden Hilfe durch die bez. Fachstellen bzw. beauftragte Dritte. Dadurch können in erheblichem Umfang Zwangsräumungen und Mehrkosten für das Land verhindert werden.

Begründung

der gestrichene Abschnitt bezieht sich fachlich und sachlich mehr auf die Unterbringung von Flüchtlingen. Er sollte dort auch untergebracht werden; Stadtteilkonzepte mit der Wohlfahrt gibt es für die Wohnungslosenhilfe auch garnicht.

Anstatt dessen hab ich das Angebotskonzept vervollständigt, das zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit von hoher Bedeutung ist.